

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“
Beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 2,25 M. pro Monat
(daron 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus
zahlbar. Postbezug 2,97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren
und 72 Pf. Postbesetzgebühren.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Druckerei: Die einseitige Blattgröße 30 cm.
Stellungsstelle 2. — Dr. Ermöglicht nach Tarif. Postbesetzgebühren
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 27 336. — Der Verlag
behält sich das Recht der Ablehnung nicht geordneter Zuschriften vor!
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff (A 7) 292—297

Vorsichtsmaßregeln Rußlands

Folge der Vorgänge in Japan / Vier Jahrgänge einberufen

Die gewalttätige Entfernung der japanischen Regierung durch Ermordung ihres Führers und die Aussicht auf noch schärferes Vordringen Japans auf dem asiatischen Kontinent hat die ständige Kriegsvorsorge der Sowjetregierung gewaltig gesteigert.

Am gestrigen Dienstagabend sollte Kriegskommissar Woroschilow im Rundfunk sprechen, was jedoch mit der Begründung abgelehnt wurde, daß er an einer Konferenz teilnehmen müsse. Es wurde durch den Rundfunk der Befehl des Revolutionären Kriegsrates bekanntgegeben, daß

an den Manövern die Jahrgänge 1909, 1910, 1911 und die von der Seereservezeit wegen wichtiger Betriebsarbeit Befreiten des Jahrgangs 1912 teilzunehmen haben.

Da sonst immer nur ein Jahrgang Reserve zu den Manövern eingezogen worden ist, bedeutet dieses Vorgehen eine Demonstration der russischen Wehrbereitschaft, wie schon der 1. Mai in dem Aufmarsch von 100 000 Mann Moskauer Garnison, Zehntausenden bewaffneter Arbeiter, unzähliger Tanks, Motorbatterien und dem Aufgebot von 300 Armeeflugzeugen eine solche Demonstration gewesen ist. Im Rundfunk wurde noch mitgeteilt, daß die freiwilligen Mitglieder der Organisation „Ssoawiachim“ an den Seereserveübungen teilnehmen.

Stalin, der zur Erholung nach der Arim abreisen wollte, ist in der Nähe von Moskau geblieben.

Militär diktiert Wirtschaftsprogramm.

Tokio, 18. Mai. (Reuters.)

Es wird jetzt mit der Möglichkeit gerechnet, daß die Armee die Bildung einer Regierung der konservativen Senjufal-Regierung mit dem bisherigen Innenminister Suzuki als Ministerpräsident billigt, unter der Bedingung, daß die konservative Partei das Wirtschaftsprogramm der Armee annimmt. Dieses Programm fordert vor allem eine Reform des Steuerwesens im Sinne der Entlastung der Landwirte und ein Moratorium für die Schulden der Landwirtschaft und des Einzelhandels.

Die Suche nach Ministermördern.

Die politische Polizei gibt bekannt, daß sie acht neue Verhaftungen von Mitgliedern der Drachenorganisation vorgenommen hat; es sind acht Personen, die mit der Ermordung des Ministerpräsidenten Inukai in Verbindung stehen sollen.

35 Japaner in der Mandchurei getötet.

Charbin, 18. Mai.

Auffständische haben in einer Dörflerschaft am Sungari-Fluß 35 Japaner getötet und den Ort in Brand gesetzt. Dann haben sie sich auf Jagedin am Sungari zurückgezogen.

Agrar- und Siedlungspolitik.

Zehn Jahre Forschungsinstitut.

Auf einer Tagung des Deutschen Forschungsinstituts für Agrar- und Siedlungswesen in Güstrow hielt Staatssekretär Dr. Seib eine Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Das Wesen und die Eigenart unseres Forschungsinstituts besteht darin, daß sich in ihm Reichs- und Länderregierungen mit der deutschen Wissenschaft vereinigt haben, um die wissenschaftlichen Untersuchungen in die Wege zu leiten, die für die richtige Einleitung und Durchführung agrar- und siedlungspolitischer Maßnahmen der Regierung wichtig sind. Wissenschaft und Praxis reichen sich die Hand, um zum Nutzen der Allgemeinheit zusammenzuwirken. Dem Institut standen und stehen keine großen Mittel zur Verfügung. Dem Herrn Reichsernährungsminister ist die finanzielle Grundlage zu danken. Die Länderregierungen beteiligen sich nach Kräften an der weiteren Finanzierung. Gehälter können den Herren Direktoren nicht gezahlt werden. Trotz dieser recht beschränkten finanziellen Grundlage darf ich nach zehn Jahren des Bestehens dieses Instituts mit Genugtuung feststellen, daß das hier geleistete der Arbeit der großen verwandten ausländischen Institute, die über ungleich mehr Geldmittel und Kräfte verfügen, zum mindesten gleichkommt.

Die Geretteten des „Philippard“

Ein Teil gestern abend in Aken gelandet

Paris, 18. Mai. (Eigenbericht.)

Nach einer Meldung aus Aken sind am Dienstagabend die beiden englischen Dampfer „Contractor“ und „Mashud“ dort eingelaufen. An Bord des „Contractor“ befanden sich 129 Passagiere und Besatzungsmitglieder des „Georges Philippard“, darunter 18 Schwerverletzte, an Bord des „Mashud“ 125 Gerettete. Der französische Dampfer „André Lebon“ hat außerdem von dem russischen Petroleumdampfer „Sowjet Skaja-Neft“ 425 Gerettete übernommen und steuert mit Volldampf auf Dschibuti. Es sind also mindestens 679 Personen gerettet worden. Da sich nach einer am Dienstagabend von der französischen Schiffsfahrts-Gesellschaft veröffentlichten aber noch unvollständigen Liste 483 Passagiere an Bord befanden, wozu noch 347 Mann Besatzung zu zählen sind, fehlen Nachrichten über das Schicksal von rund 150 Personen. Man glaubt aber, daß nicht mehr als etwa 100 Opfer zu beklagen sind, da wahrscheinlich verschiedene Passagiere von kleinen Dampfern oder Fischerbooten gerettet worden sind, die noch keine Nachricht gegeben haben. Drei gerettete französische Passagiere haben am Dienstag von Aken ihre Namen telegraphisch nach Paris übermittelt.

Nach Aussage der in Aken ausgeschifften Passagiere, die fast sämtlich nur mit Nachhemden bekleidet waren, ist das Feuer, wie zuerst angenommen, durch Kurzschluss in einer leerstehenden Luginskabinen entstanden. Durch sein schnelles Umsichgreifen

hatten zahlreiche Passagiere der ersten Klasse in ihren Kabinen blockiert worden und umgekommen sein. Anderen sei es unmöglich gewesen, ein Rettungsboot zu erreichen, so daß sie ins Meer springen mußten. Schreckliche Szenen sollen sich an Bord abgespielt haben, da viele Personen ihre Familienangehörigen suchten, von denen sie getrennt worden waren. Kein einziger Passagier hat sein Gepäck retten können.

Die Schiffbrüchigen.

Bei der Ankunft der Überlebenden des „Georges Philippard“ in Aken spielten sich herzzerreißende Szenen ab. Viele Fahrgäste fanden ihre Angehörigen wieder, die sie bereits für verloren gehalten hatten und die mit dem anderen Schiff eingetroffen waren. So sah sich eine verzweifelte Mutter plötzlich wieder ihren zwei für verloren gehaltenen Töchtern gegenüber. Andere suchten ihre Verwandten vergebens. So konnten die Eltern mehrerer Kinder, darunter solche von ein oder zwei Jahren, nicht ausfindig gemacht werden. Die Schiffbrüchigen sind in Hotels, Privathäusern und Militärquartieren untergebracht worden. Die Verwundeten wurden nach den Krankenhäusern befördert, wo bereits alle Vorsorge getroffen war. Die meisten der Geretteten mußten erst mit Kleidern versehen werden. Viele trugen nur Schlafanzüge und manche Frauen gingen in Männerkleidern an Land. Nach den Berichten der Überlebenden sind die bisher amtlich veröffentlichten Listen der Fahrgäste des „Georges Philippard“ unvollständig. Die Zahl der englischen Fahrgäste, die sich an Bord befanden, wird bisher mit rund 30 angegeben.

Statarbeit im Rathaus

Pfingstruhe ist zu Ende / Schwierige Beratungen / Berlin kann nicht weiter

Die Ruhe der Pfingstwoche wird im Rathaus von dem Tempo der kommenden Arbeitswochen abgelöst. Die Beratungen über den neuen Haushaltsplan, die in diesem Jahr schwieriger denn je sein werden, beginnen am kommenden Montag und verlangen von den Stadtverordneten höchste Arbeitsleistung. Der Haushaltsauschuss der Stadtverordnetenversammlung wird in den kommenden Wochen fast jeden Tag ununterbrochen tagen. Das Stadtparlament tritt zu seiner nächsten Sitzung am Donnerstag, dem 26. Mai, zusammen. Die Beratungen des Haushaltsausschusses werden die Feststellung des Stadtkämmerers Bruno Uch bestätigen, daß Berlin — von der Welle der Not am stärksten erfaßt — am Ende seiner Kraft ist, daß es ohne die vom Reichszentraler in Aussicht gestellte Hilfe des Reiches nicht weiter geht.

Wenn man die Zahlen unter dem Schlagstrich der Ordentlichen Verwaltung für das Jahr 1932 mit den früheren Etatsansätzen vergleicht, so ergibt sich ein Fortschritt in der Etatdrückung, weil an den Sparetats der letzten Jahre noch weiter gespart werden soll. Die Ausgaben für die allgemeine Verwaltung sind um mehr als fünf Millionen herabgesetzt worden, die Polizeiverwaltung, auf deren Unkosten die Stadt Berlin allein keinen Einfluß hat, sind um zwei Millionen gekürzt, und die Bauverwaltung hat über sieben Millionen Abstriche erfahren. Das alles gegenüber dem verfloßenen Jahre, wo bereits auf verschiedenen Gebieten die Spararbeit bis hart an die Grenze des Möglichen ausgedehnt worden war. Die Aufwendungen für das Wohnungs- und Siedlungswesen erfahren einen geradezu katastrophalen Sturz von 93 auf 27 Millionen, also gewissermaßen eine Herabsetzung auf den vierten Teil des letzten Jahres.

Die Einzelberatungen über das Kapitel Schulwesen werden ergeben müssen, ob die vorgeschlagene Ausgabenreduzierung von 135 auf 109 Millionen tragbar ist, ohne daß wichtige Kulturaufgaben in Gefahr geraten. Auch die städtischen Zuschüsse für Kunst und Wissenschaft sollen um zwei Millionen gekürzt werden. Die Aufwendungen für das öffentliche Gesundheitswesen sollen um 23 Millionen beschnitten werden.

Die städtischen Betriebe sollen im kommenden Etatsjahr

rund 20 Millionen weniger Kosten verursachen als im letzten Jahre. Dabei sind vorsorglich auch die Einnahmen dieser Betriebe um fast 23 Millionen geringer geschätzt worden, so daß hier eine große Spanne entsteht, von der man im stillen hofft, daß die angenehme Enttäuschung einer Mehreinnahme eintrifft. Das finanziell stärkste und in seiner Gestaltung und Einwirkung auf die ganze Stadtwirtschaft völlig unbestimmte Kapitel sind die Wohlfahrtskosten. Sie werden für das kommende Jahr auf 404,2 Millionen geschätzt, um 12 Millionen höher als im verfloßenen Jahre.

Hier liegt das kritische Moment der ganzen Stadtwirtschaft, die diesen Millionenberg nicht ohne die Finanzhilfe des Reiches überwinden kann.

Die Steuereinnahmen sind um 60 Millionen geringer eingeschätzt worden als im letzten Jahre. Die Bauverwaltung soll einen Einnahmerückgang von vier Millionen erfahren, beim Wohnungs- und Siedlungswesen wird ein förmlicher Einnahmehöhenrückgang von 60 Millionen erwartet, und beim Schul- und Gesundheitswesen rechnet der Kämmerer mit einer Mindereinnahme von einigen Millionen. Der Kämmerer rechnet, aber den Zahlen fehlt der feste Boden. Das ganze Haushaltsgebäude schwankt. Die Verhandlungen um Reichs- und Staatshilfe gehen weiter. Das sind die letzten Hoffnungen und Reserven... und die nächsten Monate werden zeigen, ob Berlin seine Finanzkrise glücklich überleben kann.

Goerdeler als Sachverständiger.

Bei der Beratung des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett tagte am Dienstagnachmittag unter Hinzuziehung des früheren Preis-Kommissars und als Reichswirtschaftsminister in Aussicht genommenen gegenwärtigen Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Goerdeler. Vor allem wurden Etatsfragen beraten. Außerdem behandelte das Kabinett die Finanznot der Gemeinden. Goerdeler wurde darüber als Sachverständiger gehört.

